**Richtlinie des Landes Hessen zur Durchführung der Nothilfe für von Extremwetter-
schäden und Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest betroffene landwirt-
schaftliche Unternehmen (Extremwetterschäden- und ASP-Nothilfe 2024/2025) vom
16.09.2025**

Präambel

1. Gegenstand
2. Empfänger der Schadensausgleichszahlungen
3. Voraussetzungen
 - 3.1 Schadensmeldung und -feststellung
 - 3.2 Ermittlung der Schadenshöhe bei Hochwasser- und Spätfrostschäden
 - 3.3 Ermittlung der Schadenshöhe bei ASP-Quarantäneauflagen
4. Art, Umfang und Höhe der Billigkeitsleistung
 - 4.1 Art und Umfang
 - 4.2 Höchstbetrag
 - 4.3 Mindestbetrag
 - 4.4 Auswahlkriterien
 - 4.5 Beihilferechtliche Einordnung
5. Antragsverfahren und Auszahlung
 - 5.1 Hochwasser- und Spätfrostschäden
 - 5.2 ASP-Quarantäneauflagen
6. Kumulierungsverbot, Subsidiarität
7. Weitere Bestimmungen
8. Schlussbestimmungen

Anlagen

Anlage 1: Ergänzungs-Antrag auf Schadensausgleich nach der Extremwetterschäden-
Nothilfe 2024

Anlage 2: Flächen- und Nutzungsnachweis der Schadensflächen

Anlage 3: Erklärung auf Gewährung der De-minimis-Beihilfe

Anlage 4: Schadenspauschalen

Anlage 5: Bewilligungsstellen für die Entschädigung bei ASP-Quarantäneauflagen

Anlage 6: Antrag auf Schadensausgleich nach der ASP-Nothilfe 2024/2025

Präambel

Langanhaltender Starkregen in Süddeutschland hat von Ende Mai bis Mitte Juni 2024 zu massiven Überflutungen geführt, von denen auch Teile Hessens, insbesondere an den Rhein angrenzende Gebiete im hessischen Ried, betroffen waren. Über 1.000 Hektar landwirtschaftliche Kulturen wurden durch Hochwasser schwer beschädigt. Vor allem Flächen mit Getreide, Speisekartoffeln, Speisezwiebeln, Zuckerrüben, Buschbohnen, Stangenbohnen und Erbsen sind betroffen. Viele der gefluteten Felder entlang des Rheins sind für die Bewirtschaftung für das gesamte Jahr verloren. Für die betroffenen Betriebe entstehen Einnahmeverluste, die teilweise existenzrelevante Größenordnungen annehmen können. Zudem haben Spätfröste Ende April 2024 zu Schäden im Obst- und Weinbau geführt. Die Schadensausgleichszahlung (Billigkeitsleistung), die im Rahmen dieser Richtlinie gewährt werden kann, soll dazu beitragen, die durch die Hochwasserschäden entstehenden Einkommenseinbußen der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe sowie der von Spätfrösten betroffenen Obst- und Weinbaubetriebe abzumildern und damit strukturelle Verwerfungen in der Region zu vermeiden.

Der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) im Juni 2024 führt auf Grund der Quarantäneauflagen¹ für schweinehaltende Betriebe zu teilweise erheblichen wirtschaftlichen Schäden in den Sperrzonen II und III. Soweit dadurch nachweislich eine Existenzgefährdung entsteht, kann ebenfalls eine Billigkeitsleistung nach dieser Richtlinie gewährt werden.

1. Gegenstand

- 1.1 Soweit die Hochwasser- und Spätfrostergebnisse vom Frühjahr 2024 bei davon betroffenen landwirtschaftlichen Unternehmen mit Betriebssitz in Hessen oder die ASP-Quarantäneauflagen in den Sperrzonen II und III zu wirtschaftlichen Schäden bei schweinehaltenden landwirtschaftlichen Unternehmen mit Betriebssitz in Hessen führten, kann das Land Billigkeitsleistungen nach § 53 LHO als freiwillige Zahlungen gewähren. Auf die Gewährung einer Billigkeitsleistung besteht kein Rechtsanspruch. Die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
- 1.2 Billigkeitsleistungen werden zum anteiligen pauschalierten Ausgleich der Aufwuchs- und Ernteschäden auf den in Hessen liegenden landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie für die auf Grund der von den Landkreisen verfügbaren ASP-Quarantäneauflagen

¹ Quarantäneauflagen umfassen alle behördlich angeordneten Maßnahmen, die darauf abzielen, die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest zu minimieren.

eingetretenen wirtschaftlichen Schäden gewährt.

- 1.3 Für den Ausgleich von durch das Hochwasser oder Spätfröste verursachte Schäden gilt:
- Billigkeitsleistungen werden nicht für sonstige direkte oder indirekte durch das Hochwasser oder Spätfröste verursachte Schäden gewährt.
 - Es erfolgt keine Entschädigungszahlung nach dieser Richtlinie, soweit eine Versicherung für den Schaden aufkommt oder ein Schadensersatz von anderer Seite gewährt wird.
- 1.4 Für den Ausgleich von durch ASP-Quarantäneauflagen verursachte wirtschaftliche Schäden sind nachfolgende Kürzungen oder Ausschlüsse zu beachten:
- Der Ausgleich wird gekürzt um nicht unmittelbar auf die Tierseuche zurückzuführende Kosten, die dem Begünstigten andernfalls entstanden wären.
 - Es wird keine Einzelbeihilfe gezahlt, wenn festgestellt wird, dass der eingetretene Schaden vom Begünstigten absichtlich oder fahrlässig verursacht wurde.
 - Die Beihilfen dürfen keine Maßnahmen betreffen, deren Kosten nach Unionsrecht von den Begünstigten selbst zu tragen sind, es sei denn, die Kosten solcher Beihilfemaßnahmen werden in voller Höhe durch Pflichtabgaben der Begünstigten ausgeglichen.

2. Empfänger der Schadensausgleichszahlungen

Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen des privaten Rechts sowie Personengesellschaften, die in Hessen in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätig sind. Der Begriff „landwirtschaftliche Erzeugnisse“ bezieht sich auf die in Anhang I AEUV aufgeführten Erzeugnisse, mit Ausnahme der Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 (Antragsteller).

Für Billigkeitsleistungen aufgrund von wirtschaftlichen Schäden infolge der ASP-Quarantäneauflagen sind darüber hinaus nur schweinehaltende Unternehmen im Sinne der Anlage I der Verordnung (EU) 2022/2472 (Agrarfreistellungsverordnung) der landwirtschaftlichen Primärproduktion mit einem zum Zeitpunkt der Antragstellung vorhandenen Bestand von mehr als 100 Schweinen antragsberechtigt.

Von den Billigkeitsleistungen für den Ausgleich von wirtschaftlichen Schäden infolge der ASP-Quarantäneauflagen ausgeschlossen sind

- Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Art. 2 Nr. 59 der Agrarfreistellungsverordnung, sofern sie nicht erst nachweislich durch die ASP zu einem Unternehmen in Schwierigkeiten geworden sind und

- Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung auf Grund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind.

3. Voraussetzungen

Ein Schadensausgleich kann nur dann gewährt werden, wenn nachweislich durch die

- Hochwasser- oder Spätfrostereignisse vom Frühjahr 2024 ein vollständiger Verlust des Ernteguts auf dem Schlag oder einem zusammenhängenden, eindeutig abgrenzbaren Teil des Schlags eingetreten ist,
- ASP-Quarantäneauflagen ein wirtschaftlicher Schaden eingetreten ist, der zur Existenzgefährdung des schweinehaltenden Betriebs führt. Eine Existenzgefährdung liegt vor, wenn die Weiterbewirtschaftung des Unternehmens bis zum nächsten Wirtschaftsjahr nicht gewährleistet ist. Dies ist in der Regel der Fall, wenn die ermittelte Schadenshöhe größer ist, als der durchschnittliche Cash Flow I² im vorangegangenen Dreijahreszeitraum oder der Dreijahresdurchschnitt auf der Grundlage des vorhergehenden Fünfjahreszeitraums unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Wertes.

3.1 Schadensmeldung und -feststellung

- 3.1.1 Die von den Hochwasser- und Spätfrostschäden betroffenen Schläge sind mit aktuell gültiger Schlagnummer 2024, Nettoflächengröße und Nutzungscode im Antragsformular anzugeben. In Fällen, in denen kein Agrarantrag vorliegt, erfolgt eine manuelle Schlagabgrenzung durch den Antragsteller.
- 3.1.2 Die Schadensfeststellung bei Hochwasser und Spätfrostschäden erfolgt mit Hilfe des Flächenmonitorings, das im Rahmen des Gemeinsamen Antrags (GA) 2024 zum Einsatz kommt. Ergänzend werden georeferenzierte Fotos der betroffenen Flächen oder Protokolle von Inaugenscheinnahmen vor Ort zur Verifizierung herangezogen. Die georeferenzierten Fotos oder das Protokoll der Inaugenscheinnahme sowie eine Kopie des Flächen- und Nutzungsnachweises (FNN) zum GA 2024 sind dem Antrag auf Gewährung einer Billigkeitsleitung beizufügen.
- 3.1.3 Die Feststellung von kausalen wirtschaftlichen Schäden aufgrund von ASP-Quarantäneauflagen erfolgt durch ein Gutachten eines öffentlich bestellten und vereidigten landwirtschaftlichen Sachverständigen.

3.2 Ermittlung der Schadenshöhe bei Hochwasser- und Spätfrostschäden

- 3.2.1 Die Schadenshöhe wird je betroffenem Schlag durch Multiplikation der Flächengröße mit der Schadenspauschale für die betreffende Nutzung ermittelt.

² Der Cash Flow I berechnet sich aus dem bereinigten Gewinn (Ordentliches Ergebnis) plus Abschreibungen.

- 3.2.2 Die Schadenspauschale wird je Kultur in Höhe der in Anlage 4 angeführten Beträge festgelegt. Sofern für bestimmte Kulturen keine Pauschalen existieren, sind die Schäden durch Einzelfeststellung bzw. Gutachten des Antragsstellers zu belegen.
- 3.2.3 Die Schadenshöhe je Antragsteller erfolgt durch Addition der Schadenshöhe aller betroffenen Schläge.

3.3 Ermittlung der Schadenshöhe bei ASP-Quarantäneauflagen

Der ursächlich auf die ASP-Quarantäneauflagen zurückzuführende wirtschaftliche Schaden und die hervorgerufene Existenzgefährdung des Betriebs werden mit dem Gutachten nach Ziffer 3.1.3 festgestellt. Soweit in dem Antrag (Anlage 6) rechtsverbindlich erklärt wird, dass anderweitige Entlastungen oder Zahlungen, wie Versicherungsleistungen oder De-minimis-Beihilfen bezogen oder erwartet werden oder wenn ersparte Aufwendungen eintreten, dann ist dies zur Ermittlung der Schadenshöhe als schadensmindernd zu berücksichtigen.

4. Art und Umfang, Höhe der Billigkeitsleistung

4.1 Art und Umfang

Die Billigkeitsleistung je Antragsteller beträgt bis zu 50 Prozent der gemäß Ziffer 3.2.3 und bis zu 80 Prozent der gemäß Ziffer 3.3 festgestellten Schadenshöhe.

4.2 Höchstbetrag

4.2.1 Hochwasser- und Spätfrostschäden

Die Billigkeitsleistung an ausgleichsberechtigte Empfängerinnen oder Empfänger beträgt maximal 20.000 Euro, im Fall der Spätfrostschäden bis zu 50.000 Euro.

4.2.2 ASP-Quarantäneauflagen

Die Billigkeitsleistung an ausgleichsberechtigte Empfängerinnen und Empfänger beträgt maximal 250.000 Euro.

4.3 Mindestbetrag

Der Mindestbetrag der Billigkeitsleistung beträgt je Empfänger 2.500 Euro. Ergibt sich aus dem Antrag ein geringerer Betrag, wird keine Zahlung gewährt.

4.4 Auswahlkriterien

Sofern das Antragsvolumen den maximal verfügbaren Finanzierungsrahmen überschreitet, erfolgt eine prozentuale Kürzung aller beantragten Leistungen.

4.5 Beihilferechtliche Einordnung

4.5.1 Hochwasser- und Spätfrostschäden

Die Billigkeitsleistung wird beihilferechtlich als De-minimis-Beihilfe im Agrarsektor nach

Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU Nr. L 352 vom 24.12.2013, S.9) (Agrar-De-minimis-VO) in der jeweils gültigen Fassung eingeordnet. Der Gesamtbetrag der einem einzigen Empfänger gewährten De-minimis-Beihilfen darf in einem Zeitraum von drei Jahren 50.000 Euro nicht übersteigen.

4.5.2 ASP-Quarantäneauflagen

Die Billigkeitsleistung wird beihilferechtlich als Beihilfe zur Beseitigung der durch Tierseuchen entstandenen Schäden nach Artikel 26 der Verordnung (EU) 2022/2472 der Kommission vom 14.12.2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU Nr. L 327 S. 1) gewährt und ist als solche im Sinne von Artikel 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht gemäß Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt. Die Voraussetzungen des Kapitels I sowie die in Kapitel III der Verordnung (EU) 2022/2472 festgelegten besonderen Voraussetzungen für Artikel 26 werden eingehalten.

5. Antragsverfahren und Auszahlung

5.1 Hochwasser- und Spätfrostschäden

5.1.1 Anträge auf Billigkeitsleistungen sind bis zum 15.11.2024 in digitaler Form an das Funktionspostfach extremwetterhilfe2024@landwirtschaft.hessen.de beim Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat (HMLU) zu richten. Der ausgefüllte und unterschriebene Antragsvordruck ist zusätzlich auf dem Postweg (Adresse: HMLU – VII ZL, Mainzer Straße 80, 65189 Wiesbaden) oder per Fax (0611 – 815 1965) einzureichen. Die Antragsunterlagen sind auf der Website des HMLU unter folgender Adresse abrufbar: <https://landwirtschaft.hessen.de/landwirtschaft/extremwetter-nothilfe-2024>

5.1.2 Das HMLU gewährt die Billigkeitsleistung durch schriftlichen Bescheid und veranlasst deren Auszahlung.

5.1.3 Mit der Antragstellung müssen die Antragsteller eine Erklärung abgeben, anhand derer die Bewilligungsbehörde die Einhaltung der Obergrenze der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 aus der Agrar-De-minimis-VO prüft (De-minimis-Erklärung). Den Antragstellern ist mit Bewilligung eine De-minimis-Bescheinigung zur Höhe der gewährten De-minimis-Beihilfe auszustellen.

5.2 ASP-Quarantäneauflagen

5.2.1 Anträge auf Billigkeitsleistung sind bis zum 31.03.2026 bei der Bewilligungsstelle, dem jeweils örtlich und sachlich zuständigen Fachdienst des Landrats oder der Landrätin (Anlage 5), auf elektronischem Weg einzureichen. Der Antrag besteht aus dem vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Antragsvordruck sowie dem Gutachten

nach Ziffer 3.1.3 (Anlage 6).

- 5.2.2 Die Bewilligungsstelle gewährt die Billigkeitsleistung durch schriftlichen Bescheid und veranlasst die Auszahlung über das HMLU.
- 5.2.3 Alle Beihilfen, die den Schwellenwert von 10.000 Euro überschreiten, sind gemäß Artikel 9 der Agrarfreistellungsverordnung in der Transparenzdatenbank der EU-Kommission (TAM) zu veröffentlichen. Die Bewilligungsstellen übermitteln die dafür erforderlichen Daten auf Anfrage an das HMLU.

6. Kumulierungsverbot, Subsidiarität

Ausgleichszahlungen werden bei Hochwasser- und Spätfrostschäden nur geleistet, wenn für den betreffenden Schadensfall keine anderen Förderungen in Anspruch genommen werden, welche dieselben Schäden wie diese Regelung ausgleichen, und keine anderen Ansprüche gegenüber Dritten auf Schadensausgleich bestehen.

Bei Schäden durch ASP-Quarantäneauflagen dürfen alle Zahlungen zusammen (einschließlich Versicherungsleistungen oder andere Entschädigungen) insgesamt nicht mehr als 80 Prozent der festgestellten Schadenshöhe betragen.

7. Weitere Bestimmungen

- 7.1 Es handelt sich um Leistungen aus öffentlichen Mitteln im Sinne des hessischen Subventionengesetzes vom 18.05.1977 (GVBl. I S. 199) in Verbindung mit dem Subventionengesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2037). Die Antragsangaben und Tatsachen, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, sind subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch. Subventionserhebliche Tatsachen werden im Zuwendungsbescheid benannt.
- 7.2 Der Hessische Rechnungshof sowie das zuständige Ministerium oder von Ihnen beauftragte Dritte und EU-Prüfinstanzen sind befugt, die Haushalts- und Wirtschaftsführung zu prüfen. Das Prüfungsrecht beinhaltet auch die Einsichtnahme in Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen sowie örtliche Erhebungen bei den jeweiligen Antragstellern. Diese haben auf Verlangen Auskunft zu erteilen, Einsicht zu gewähren, freien Zutritt zu den Räumen zu gewähren und die Unterlagen vorzulegen. Der Hessische Rechnungshof ist berechtigt, bei Stellen außerhalb der Landesverwaltung zu prüfen, wenn diese vom Land Billigkeitsleistungen gewährt bekommen. Bei Billigkeitsleistungen erstreckt sich die Prüfung auf die zugrundeliegenden Voraussetzungen (§ 84 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und Abs. 2 Satz 3 LHO). Die entsprechende Bestimmung ist als Auflage im Bescheid aufzunehmen.
- 7.3 Die Antragsteller erklären sich mit Antragstellung damit einverstanden, dass zum Zwecke der Vorhabenprüfung und zur Durchführung des Gewährungsverfahrens die erforderlichen personenbezogenen Angaben (z. B. Name, Anschrift) sowie die erforderlichen Angaben zum Vorhaben selbst und über die Höhe der Billigkeitsleistung in geeig-

netter Form erfasst und an die am Bewilligungs- oder Prüfungsverfahren beteiligten Institutionen zur Abwicklung des Förderprogramms weitergegeben werden können. Soweit dies nach den Vorgaben des EU-Beihilferechts erforderlich ist, erklären sich die Antragsteller zudem mit der Veröffentlichung dieser Informationen zur Erfüllung bestehender Transparenzvorschriften einverstanden. Wird diese Einwilligung nicht erklärt oder im Nachgang widerrufen, führt dies dazu, dass keine Billigkeitsleistung gewährt werden kann oder eine bereits bewilligte Leistung zurückgefordert wird.

Die Bewilligungsstelle muss die Informationen und einschlägigen Unterlagen für einen Zeitraum von zehn Jahren ab der letzten Bewilligung nach dieser Richtlinie aufbewahren.

8 Schlussbestimmungen

Diese Richtlinie tritt zum 16.09.2025 in Kraft. Sie tritt zum 11.06.2030 außer Kraft.

Richtlinie des Landes Hessen zur Durchführung der Nothilfe für von Extremwetterschäden und Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest betroffene landwirtschaftliche Unternehmen (Extremwetterschäden- und ASP-Nothilfe 2024/2025) vom 12.06.2025 wird mit gleichzeitiger Wirkung aufgehoben. Für Verpflichtungen, die unter Geltung früherer Richtlinien eingegangen worden sind, behalten die dort niedergelegten Bestimmungen ihre Gültigkeit.

Gez. Ingmar Jung

Wiesbaden, den 16.09.2025

Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt,

Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat

VII ZL – 080b 26.07.08

**Anlage 1: Ergänzungs-Antrag auf Schadensausgleich nach der Extremwetterschäden-
Nothilfe 2024**

**Ergänzungs-Antrag auf Zuwendungen für den Schaden-
sausgleich nach der Extremwetterschäden-Nothilfe
2024 in Hessen**

zum teilweisen Ausgleich von Aufwuchs- und Ernteschäden in der Landwirtschaft

0	6	0	0	0													
---	---	---	---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Personenident

0	6	9	9	9													
---	---	---	---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Unternehmensident

Posteingangsdatum

Name, Vorname: _____

Straße, Hausnr.: _____

PLZ, Wohnort: _____

Tel. Nr.: _____

E-Mail-Adresse: _____

Bankverbindung: _____

IBAN

BIC

Name der Bank

Bezugnehmend auf meinen Basisantrag vom _____, der am _____ in einer Höhe von _____ Euro bewilligt wurde, beantrage/n ich / wir auf Basis der geänderten Richtlinie für Extremwetterschäden-Nothilfe 2024 vom _____ eine Erhöhung der Billigkeitsleistung für Aufwuchs- und Ernteschäden für die im Basisantrag bewilligten landwirtschaftlichen Flächen in Höhe von

_____ Euro

Die Erklärung auf Gewährung der De-minimis-Beihilfe (Anlage 3) ist beigefügt

Ich / Wir stimme/n zu, dass die Schadensfeststellung mit Hilfe des Flächenmonitorings zum Gemeinsamen Antrag 2024 erfolgt.

Ich / Wir bestätige/n, dass keine anderen Förderungen oder Versicherungsleistungen in Anspruch genommen werden, welche die gleichen Schäden wie diese Regelung ausgleichen. **Erklärungen:**

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Billigkeitsleistung nicht besteht und die diese nur im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel gewährt wird.
- mit einer Kürzung bis hin zum vollständigen Verlust bzw. hin zur vollständigen Rückforderung der Billigkeitsleistung zu rechnen ist, wenn
 - die Billigkeitsleistung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wird,
 - nicht berücksichtigungsfähige Schäden geltend gemacht werden
 - oder ein vergleichbar schwerwiegender anderer Grund vorliegt.
- der Subventionsbetrug gemäß § 264 Strafgesetzbuch (StGB) strafbar ist und wegen Subventionsbetrug u. a. bestraft wird, wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige, für ihn vorteilhafte Angaben macht oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.
- der Antrag nur bearbeitet werden kann, wenn die Angaben vollständig sind und alle erforderlichen Anlagen beiliegen und die Bewilligungsstelle weitere Angaben und Unterlagen zur Prüfung der Auszahlungsvoraussetzungen verlangen kann.
- der Hessische Rechnungshof und das zuständige Ministerium das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung der Billigkeitsleistung durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und sonstige Belege oder Förderanträge (z. B. Gemeinsamer Antrag) entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns,

- Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens 10 Steuerjahre ab Schlusszahlung aufzubewahren.
- jede Änderung, die Auswirkungen auf die Förderungsberechtigung bzw. die Förderhöhe hat, unverzüglich der Bewilligungsstelle schriftlich mitzuteilen.

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die mit dem Antrag einschl. Anlagen erhobenen Daten werden zur Feststellung der Förderberechtigung und -höhe benötigt und 10 Jahre gespeichert. Danach werden diese Daten gelöscht.

Ich versichere, dass die Schäden in der geltend gemachten Höhe ab dem 31. Mai 2024 unmittelbar durch das Hochwasserereignis oder ab dem 20.04.2024 unmittelbar durch Spätfrost entstanden sind und die Angaben in diesem Antrag, den Anlagen und in den ggf. vorab eingereichten Unterlagen richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

Name in Druckbuchstaben

De-minimis-Beihilfe

Erklärung zum Ergänzung-Antrag auf Gewährung der De-minimis-Beihilfe
für den Erhalt von Zuwendungen für den Schadensausgleich nach der Extremwetterschäden-Nothilfe 2024 in Hessen

0	6	0	0	0												
---	---	---	---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Personenident

0	6	9	9	9												
---	---	---	---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Unternehmensident

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/dem Unternehmen oder einem mit mir/uns im Sinne von Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013³ verbundenen Unternehmen über die beantragte De-minimis-Beihilfe hinaus **in den vorangegangenen drei Jahren**

- keine** weiteren De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis), der Verordnung (EU) 2023/2831 (De-minimis-Verordnung für den gewerblichen Bereich), Verordnung (EU) Nr. 717/2014 (De-minimis Fischerei- und Aquakultursektor) und/oder der Verordnung (EU) 2023/2832 (DAWI-De-minimis) gewährt wurden.

- die nachstehend aufgeführten** De-minimis-Beihilfen im Sinne der o. g. De-minimis-Verordnungen **gewährt** wurden.

Datum des Bewilligungsbescheides/ -vertrages	Beihilfengeber Aktenzeichen bitte angeben	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in Euro	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in Euro	Agrar-De-minimis-Beihilfe	gewerbliche De-minimis-Beihilfe	DAWI-De-minimis-Beihilfe	Fischerei-De-minimis-Beihilf
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐

³ Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. EU Nr. L 352 S.9) in der Fassung der Verordnung (EU) 2024/3118.

Darüber hinaus habe ich/haben wir oder ein mit mir/uns verbundenes Unternehmen in den drei vorangegangenen Jahren

- keine** weiteren De-minimis-Beihilfen nach einer der o. g. De-minimis-Verordnungen **beantragt**,
- die nachstehend aufgeführten De-minimis-Beihilfen nach einer der o. g. De-minimis-Verordnungen **beantragt**, die **noch nicht bewilligt** wurden:

Datum des Förderantrages	Beihilfengeber Aktenzeichen bitte angeben	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in Euro	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in Euro	Agrar-De-minimis-Beihilfe	gewerbliche De-minimis-Beihilfe	DAWI-De-minimis-Beihilfe	Fischerei-De-minimis-Beihilfe
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐

Die hier beantragte De-minimis-Beihilfe wird

- nicht** mit weiteren Beihilfen für **dieselben** förderfähigen Aufwendungen **kumuliert**,
- mit folgender/n Beihilfe/n für **dieselben** förderfähigen Aufwendungen **kumuliert**:

Datum des Bewilligungsbescheides/ -vertrages	Beihilfengeber Aktenzeichen bitte angeben	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in Euro	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in Euro

Erklärungen:

Mir/Uns ist bekannt, dass die vorstehend gemachten Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind. Nach dieser Vorschrift wird u. a. bestraft, wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben zum eigenen Vorteil macht.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Änderungen der vorgenannten Angaben der die Beihilfe gewährenden Stelle mitzuteilen, sofern sie mir/uns vor der Zusage für die hier beantragte Förderung bekannt werden.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

Name in Druckbuchstaben

Anlage 4: Schadenspauschalen*

Kultur, Kulturgruppe	Nutz-Code (NC) gem. Code- liste zum GA 2024	Pauschale in EUR/ha
Weichweizen und Spelz	115, 116	1.117
Hartweizen, Roggen, Gerste, Wintermenggetreide	112,113,121,122,125,131,132	873
Hafer- und Sommermenggetreide	142-144	657
Körnermais u. Corn-Cob-Mix	171	1.421
Triticale, Mohrenhirse und sonstiges Getreide	114,118-120,150,156,157,181-188	900
Eiweißpflanzen, einschl. Gemenge	210-212,220-222,230,240,250	599
Kartoffeln	602	6.706
Zuckerrüben	603	2.403
Sonstige Hackfrüchte	413,414,601,604,605	1.192
Raps und Rübsen zur Körnergewinnung	311,312,315,316	1.194
Sonnenblumen	320	648
Soja	330	559
Ölleinsamen	341	676
Sonstige Ölfrüchte	392,393	1.196
Hanf	701	720
Energiepflanzen und sonstige Handelsgewächse	802-806,852-854, 866,871	1.194
Ackerfutter	422-427,429-434	819
Silomais	411	1.111
Frischgemüse und Erdbeeren-Feldanbau	707	16.944
Wiesen und Weiden	444,459,480	414
Kernobst	825	7.144
Steinobst	826	8.840
Beerenobst (ohne Erdbeeren)	827	14.858
Schalenobst	833,834	5.150
Rebflächen	842	8.175

*Standard-Output für den Fünfjahresdurchschnitt 2015/2020 im Mittel der hessischen Regierungsbezirke

Anlage 5: Bewilligungsstellen für die Entschädigung bei ASP-Quarantäneauflagen

Amtsnummer / Postanschrift	Besucheradresse / Website	Telefon-, Fax- und E-Mail-Verbindung
01 / Landrat des Vogelsbergkreises Amt für Wirtschaft und den ländlichen Raum Adolf-Spiess-Straße 34 36341 Lauterbach	Dienststelle Alsfeld Marburger Str. 69, 36304 Alsfeld Dienststelle Lauterbach Adolf-Spiess-Straße 34, 36341 Lauterbach www.vogelsbergkreis.de	Tel.: 06641/977-3500 Fax: 06641/977-3501 E-Mail: alr@vogelsbergkreis.de
02 / Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg Fachdienst Ländlicher Raum Friedloser Straße 12 36251 Bad Hersfeld	Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg Fachdienst Ländlicher Raum Hubertusweg 19C 36251 Bad Hersfeld www.hef-rof.de	Tel.: 06621/87-2203 Fax: 06621/87-2210 E-Mail: umwelt@hef-rof.de
03 / Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg Hauptabteilung IV Ländlicher Raum Jägertorstraße 207 64289 Darmstadt	www.ladadi.de	Tel.: 06151/881-0 Fax: 06151/881-2093 E-Mail: alr.darmstadt@ladadi.de
04 / Landrat des Werra-Meißner-Kreises Fachbereich 8 – Landwirtschaft, Landschaftspflege, Natur- und Landschaftsschutz Honer Straße 49 37269 Eschwege	www.werra-meissner-kreis.de	Tel.: 05651/3020 Fax 05651/3020 4809 E-Mail: FB8@werra-meissner-kreis.de
05 / Landrat des Wetteraukreises Fachdienst 4.2 – Landwirtschaft, Fachstelle Agrarförderung und Agrarumwelt Homburger Straße 17 61169 Friedberg	www.wetteraukreis.de	Tel.: 06031/ 834209 Fax: 06031/834242 E-Mail: landwirtschaft@wetteraukreis.de
06 / Landrat des Schwalm-Eder-Kreis Fachbereich Landwirtschaft und Landentwicklung Schladenweg 39 34560 Fritzlar	www.schwalm-eder-kreis.de	Tel.: 05681-775-0 Fax: 05681/775-8303 E-Mail: landwirtschaftsamt@schwalm-eder-kreis.de
07 / Landrat des Landkreises Fulda Fachdienst Landwirtschaft bzw. Fachdienst Natur und Landschaft Wörthstraße 15 36037 Fulda	www.landkreis-fulda.de	Tel.: 0661/6006-0 Fax: 0661/6006-7010 E-Mail: landwirtschaft@landkreis-fulda.de E-Mail: naturschutz@landkreis-fulda.de
08 / Landrat des Lahn-Dill-Kreises Abteilung für den ländlichen Raum Karl-Kellner-Ring 51 35576 Wetzlar	www.lahn-dill-kreis.de	Tel.: 06441/4071764 Fax: 06441/4071075 E-Mail: info-alr@lahn-dill-kreis.de
09 / Landrat des Main-Kinzig-Kreises Umwelt Naturschutz und ländlicher Raum Barbarossastraße 16–24 63571 Gelnhausen	Umwelt Naturschutz und ländlicher Raum Zum Wartturm 11-13 63571 Gelnhausen www.mkk.de	Tel.: 06051/85-0 Fax: 06051/85-15640 E-Mail: landwirtschaft@mkk.de
10 / Landrat des Landkreises Bergstraße Abteilung Ländlicher Raum (L-3/3) Graben 15 64646 Heppenheim (Bergstraße)	www.kreis-bergstrasse.de	Tel.: 06252/15-0 Fax: 06252/15-5050 E-Mail: landwirtschaft-landschaftspflege-forst@kreis-bergstrasse.de
11 / Landkreis Kassel – Der Landrat Fachbereich Landwirtschaft Manteuffel-Anlage 5 34369 Hofgeismar	www.landkreiskassel.de	Tel.: 0561-10030 Fax: 0561-1002401 E-Mail: landwirtschaft@landkreiskassel.de
12 / Landrat des Landkreises Waldeck-Frankenberg Fachdienst Landwirtschaft Auf Lülingskreuz 60 34497 Korbach	www.landkreis-waldeck-frankenberg.de	Tel.: 05631/954-1800 Fax: 05631/954-820 E-Mail: landwirtschaft@lkwafkb.de
13 / Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg Amt für den ländlichen Raum, Umwelt, Veterinärwesen und Verbraucherschutz Gymnasiumstraße 4 (Schloss) 65589 Hadamar	www.landkreis-limburg-weilburg.de	Tel.: 06431/296-0 Fax: 06431-296-5968 E-Mail: poststelle-ALR@limburg-weilburg.de
14 / Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf Fachbereich 83 - Ländlicher Raum Herrmann-Jacobsohn-Weg 1 35039 Marburg	www.marburg-biedenkopf.de	Tel.: 06421/4056-0 Fax: 06421/4056-100 E-Mail: FBLAER@marburg-biedenkopf.de
15 / Landrat des Odenwaldkreises Hauptabteilung Ländlicher Raum, Veterinärwesen und Verbraucherschutz Scheffelstraße 11; 64385 Reichelsheim / Odenwald	www.odenwaldkreis.de	Tel.: 06062/70-0 Fax: 06062/70-1999 E-Mail: landschaftspflege-naturschutz@odenwaldkreis.de
16 / Landrat des Hochtaunuskreises Fachbereich Ländlicher Raum Ludwig-Erhard-Anlage 1–5 61289 Bad Homburg vor der Höhe	Landrat des Hochtaunuskreises Fachbereich ländlicher Raum Benzstraße 11 61352 Bad Homburg vor der Höhe www.hochtaunuskreis.de	Tel.: 06172-999-0 Fax: 06172-99976-6199 E-Mail: lfn.bad-homburg@hochtaunuskreis.de

Anlage 6: Antrag auf Schadensausgleich nach der ASP-Nothilfe 2024/2025

Antrag auf Schadensausgleich nach der ASP-Nothilfe 2024/2025 in Hessen

zum teilweisen Ausgleich von wirtschaftlichen Schäden auf Grund von Quarantäneauflagen

0	6	0	0	0											
---	---	---	---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Personenident

0	6	9	9	9											
---	---	---	---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Unternehmensident

Posteingangsdatum

Name, Vorname: _____

Straße, Hausnr.: _____

PLZ, Wohnort: _____

Tel. Nr.: _____

E-Mail-Adresse: _____

Bankverbindung: _____

IBAN

BIC

Name der Bank

Ich / Wir beantrage/n eine Billigkeitsleistung für gutachterlich festgestellte wirtschaftliche Schäden auf Grund von ASP-Quarantäneauflagen in Höhe von

_____ Euro

Das Gutachten zur Feststellung der durch ASP-Quarantäneauflagen entstandenen wirtschaftlichen Schäden ist beigefügt

Ich / Wir habe/n folgende weitere Zahlungen zum Ausgleich von ASP-Quarantäneauflagen erhalten oder beantragt:

- aus Versicherungsleistungen: _____ Euro
- Soforthilfe über die Hessische Tierseuchenkasse (De minimis-Beihilfe): _____ Euro
- weitere, darüberhinausgehende Leistungen/ersparte Aufwendungen: _____ Euro

Diese Leistungen wurden bei der Berechnung der beantragten Billigkeitsleistung zu Grund liegenden existenzgefährdenden Schadenshöhe berücksichtigt.

Ich erkläre/wir erklären, dass es sich bei meinem/ unserem landwirtschaftlichen Betrieb um ein Kleinstunternehmen, ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) im Sinne des Art. 2 Nr. 52 der Verordnung (EU) 2022/2472 (Agrarfreistellungsverordnung)⁴ in Verbindung mit Anhang I der vorgenannten Verordnung handelt.

Ich erkläre/wir erklären, dass es sich bei meinem/ unserem landwirtschaftlichen Betrieb nicht um ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Art. 2 Nr. 59 der Agrarfreistellungsverordnung handelt. Falls es sich bei meinem/ unserem landwirtschaftlichen Betrieb um ein Unternehmen in Schwierigkeiten handelt, erkläre ich/erklären wir, dass mein/ unser Betrieb erst nachweislich durch die Afrikanische Schweinepest zu einem Unternehmen in Schwierigkeiten geworden ist.

Ich erkläre/wir erklären, dass gegen mein/ unser landwirtschaftliches Unternehmen keine offene Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer erhaltenen Beihilfe vorliegt bzw. vorlag.

Falls eine Rückforderungsanordnung anhängig war, erkläre/erklären ich/wir, dass dieser Rückforderungsanordnung Folge geleistet wurde.

⁴ Verordnung (EU) 2022/2472 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU Nr. L 327 S. 1).

Erklärungen:**Mir/Uns ist bekannt, dass**

- ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Billigkeitsleistung nicht besteht und die diese nur im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel gewährt wird.
- mit einer Kürzung bis hin zum vollständigen Verlust bzw. hin zur vollständigen Rückforderung der Billigkeitsleistung zu rechnen ist, wenn
 - die Billigkeitsleistung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wird,
 - nicht berücksichtigungsfähige Schäden geltend gemacht werden
 - oder ein vergleichbar schwerwiegender anderer Grund vorliegt.
- der Subventionsbetrug gemäß § 264 Strafgesetzbuch (StGB) strafbar ist und wegen Subventionsbetrug u. a. bestraft wird, wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige, für ihn vorteilhafte Angaben macht oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.
- der Antrag nur bearbeitet werden kann, wenn die Angaben vollständig sind und alle erforderlichen Anlagen beiliegen und die Bewilligungsstelle weitere Angaben und Unterlagen zur Prüfung der Auszahlungsvoraussetzungen verlangen kann.
- der Hessische Rechnungshof, das zuständige Ministerium und sonstige EU-Prüfinstanzen das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung der Billigkeitsleistung durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und sonstige Belege oder Förderanträge (z. B. Gemeinsamer Antrag) entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns,

- Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens 10 Steuerjahre ab Schlusszahlung aufzubewahren.
- jede Änderung, die Auswirkungen auf die Förderungsberechtigung bzw. die Förderhöhe hat, unverzüglich der Bewilligungsstelle schriftlich mitzuteilen.

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die mit dem Antrag einschl. Anlagen erhobenen Daten werden zur Feststellung der Förderberechtigung und -höhe benötigt und 10 Jahre ab Gewährung der letzten Beihilfe auf der Grundlage der zugrundeliegenden Richtlinie des Landes Hessen gespeichert. Danach werden diese Daten gelöscht.

Ich versichere, dass die Schäden in der geltend gemachten Höhe ab dem 15.06.2024 unmittelbar durch ASP-Quarantäneauflagen entstanden sind und die Angaben in diesem Antrag, den Anlagen und in den ggf. vorab eingereichten Unterlagen richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

Name in Druckbuchstaben